



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

8. Sitzung vom 7. April 2025

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.25 Uhr

Leitung: Karin Müller (Präsidentin)

Anwesend: 34 Mitglieder

Entschuldigt: Ralph Büchelin, Felix Gerber, Lukas Jegge, Gian Kamber, Lewin Lempert,
Daniel Setz

Präsidentin:

Karin Müller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung, ihre geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die Gemeindepräsidentin, die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Protokollführerin Linda Gerstner und den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger sowie alle Vertreter der Medien. Natürlich heisst sie auch die Gäste willkommen, welche wieder schön zahlreich erschienen sind.

Auch heute richtet der Gemeinderat einen Apéro aus. Es ist jetzt das dritte Mal, da kann man eigentlich bereits von einer Tradition sprechen. Auch dafür bedankt sich die Votantin.

Präsenz

Für die heutige Sitzung entschuldigt sind Ralph Büchelin und Lewin Lempert, beide SP, Felix Gerber, Gian Kamber und Lukas Jegge, alle drei von der Mitte/GLP, und Daniel Setz, FDP. Damit sind heute 34 Personen im Rat. Das absolute Mehr liegt bei 18 und das Zweidrittelmehr bei 23.

Neue Vorstösse

- Nr. 56, Interpellation St. Kaiser, FDP, und J. Lüthi-La Roche, FDP: Rücksichtsloses und gefährliches Parkieren der E-Zweiräder
- Nr. 58, Interpellation St. Siegel, SVP: Budgetneutralität Überbrückungszahlungen
- Nr. 59, Interpellation St. Siegel, SVP: Zentrumsleistungen
- Nr. 60, Interfraktionelle Interpellation: Transparenz der Vergabe von Kulturfördergeldern durch die Gemeinde Binningen
- Nr. 61, Anfrage Chr. Schmid, SVP: Projekte «Markthalle» und «Margarethenstich» sowie deren Auswirkungen auf Binningen
- Nr. 62, Interfraktionelle Anfrage: Entfernung von Hass-Symbolen im öffentlichen Raum
- Nr. 63, Motion Mitte/GLP: Biodiversität im öffentlichen Raum stärken

Präsidentin Karin Müller, SP teilt mit, dass der Gemeinderat die beiden Anfragen schriftlich beantwortet hat. Die Antworten liegen den Ratsmitgliedern vor und wurden zur Kenntnis genommen. Sie fragt nach, ob jemand einen der anderen Vorstösse begründen möchte. Das ist nicht der Fall.

Traktandenliste

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP äussert, ihr liegen zwei Anträge auf Änderung der Traktandenliste vor. Sie beginnt mit dem ersten. Der Gemeinderat hat im Büro eine Korrektur im Protokoll vom 16. Dezember 2024 beantragt. Darüber muss der Einwohnerrat abstimmen. Das Traktandum würde unter 1b, nach der Genehmigung des Protokolls der letzten Einwohnerratssitzung, behandelt. Möchte der Gemeinderat dazu etwas sagen? Das ist nicht der Fall.

Die Präsidentin wird den Antrag später noch vorlesen.

ABSTIMMUNG

Ergänzung Traktandenliste: «Korrektur des Protokolls vom 16. Dezember 2024»: Einstimmig JA (Abstimmung 01, vgl. Anhang)

://: Die Traktandenliste wird um das Traktandum 1b «Korrektur des Protokolls vom 16. Dezember 2024» erweitert.

Damit kommt die Präsidentin zum zweiten Antrag betreffend die Traktandenliste. Das Büro stellt den Antrag, dass heute die Delegiertenwahl für den Zweckverband Versorgungsregion Allschwil, Binningen, Schönenbuch vorgenommen wird. Und zwar aus folgendem Grund: Der Zweckverband kann ab sofort in Kraft treten, da die Statuten genehmigt wurden. Es wäre gut, wenn die Binninger Delegierten von Anfang an vollständig dabei sein könnten. Diese Wahl würde als neues Traktandum 2 vor der Feuerwerks-Initiative eingeschoben.

ABSTIMMUNG

Ergänzung Traktandenliste: «Wahl einer/eines Delegierten der Delegiertenversammlung der Versorgungsregion Allschwil, Binningen, Schönenbuch (ABS)»: Einstimmig JA (Abstimmung 02)

://: Die Traktandenliste wird um das Traktandum «Wahl einer/eines Delegierten der Delegiertenversammlung der Versorgungsregion Allschwil, Binningen, Schönenbuch (ABS)» erweitert (neues Traktandum 2).

://: Die Traktandenliste wird mit diesen Änderungen gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1.a. Genehmigung des Protokolls vom 24. Februar 2025	
1.b. Korrektur des Protokolls vom 16. Dezember 2024	
2. Wahl einer/eines Delegierten der Delegiertenversammlung der Versorgungsregion Allschwil, Binningen, Schönenbuch (ABS) für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028	64
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.03.2025 Initiative «Feuerwerk mit Augenmass» - Gegenvorschlag Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	28A
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.02.2025 Interfraktionelles Postulat: Zolli in Binningen: Ja - aber unter klaren Bedingungen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	30
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.02.2025 Interpellation H. Steffen, SVP: Samariterverein, Unterbringung Anhänger, finanzielle Unterstützung Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	48
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.03.2025 Interfraktionelle Interpellation: Ertragssteuerfuss und Standortattraktivität Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	50
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.03.2025 Interfraktionelles Postulat: Vertretungsregelung Einwohnerrat Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	31

8.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.03.2025 Motion Th. Schwarb, Grüne/EVP: Neue Berechnung der Kommissionssitze Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	38
9.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.03.2025 Interpellation St. Siegel, SVP: Sachbeschädigung Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	39
10.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.03.2025 Postulat Mitte/GLP: Weiterentwicklung des Schlossparks Binningen Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	41
11.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.03.2025 Interpellation St. Siegel, SVP: Budgetneutralität Geschäftskreisführung: Stephan Appenzeller	42
12.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.03.2025 Postulat K. Lancashire, FDP: Mehr Wirkung, weniger Aufwand: Optimierung der Wahlplakatierung Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	53
13.	Diversa	

Traktandum 1a

Genehmigung des Protokolls vom 24. Februar 2025

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP teilt mit, beim Büro seien keine Änderungsanträge eingegangen. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 1b

Korrektur des Protokolls vom 16. Dezember 2024

Präsidentin Karin Müller, SP erklärt, auf Seite 32 unter dem Traktandum «Diversa» sollte es beim Votum von Stephan Appenzeller heissen: «Die KiTas, die bei diesem Modell mitmachen, müssen sich im Gegenzug verpflichten, mindestens 50 Prozent der Solidaritätsbeiträge in die Verbesserung der Löhne des Betreuungspersonals zu investieren.» und nicht 15 Prozent.

ABSTIMMUNG

Protokolländerung: 33 JA (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: Am Protokoll vom 16. Dezember 2024, Seite 32, Traktandum Diversa wird folgende Korrektur vorgenommen:

Gemeinderat Stephan Appenzeller: «Die KiTas, die bei diesem Modell mitmachen, müssen sich im Gegenzug verpflichten, mindestens 50 Prozent der Solidaritätsbeiträge in die Verbesserung der Löhne des Betreuungspersonals zu investieren.» (statt 15 Prozent).

Traktandum 2

Nr. 64

Wahl einer/eines Delegierten der Delegiertenversammlung der Versorgungsregion Allschwil, Binningen, Schönenbuch (ABS) für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP informiert, dass die Ratsmitglieder die nötigen Unterlagen in der Cloud finden. Es liegen zwei Bewerbungen vor, daher wird eine schriftliche Wahl durchgeführt. Gibt es weitere Kandidaturen? Das ist nicht der Fall. Die beiden Kandidierenden sind somit Judith van der Merwe und Esther Baumann. Die Rednerin bittet die Stimmenzählenden, die Wahlzettel zu verteilen und danach wieder einzusammeln und auszuzählen.

kurze Pause zum Auszählen der Wahlzettel

Die Präsidentin hat während der Pause noch eine Mitteilung zu machen. Sie wurde darauf hingewiesen, dass vermutlich noch nicht alle wissen, dass es bei der FDP-Fraktion einen Wechsel gegeben hat. Fraktionspräsidentin ist neu Brigitte Schori, davor war Daniel Setz Fraktionspräsident. Vizepräsident ist nun Thomas Häfele, vorher war es Christoph Daniel Maier.

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 34

Eingegangene Wahlzettel: 34

Leer: 0

Ungültig: 0

Gültige Stimmen: 34

Das absolute Mehr liegt somit bei 18.

Gewählt ist mit 28 Stimmen: Judith van der Merwe

BESCHLUSS

://: Judith van der Merwe wird als Delegierte der Delegiertenversammlung der Versorgungsregion ABS für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 gewählt.

Die Präsidentin gratuliert Judith van der Merwe zur Wahl.

Traktandum 3

Nr. 28A

Initiative «Feuerwerk mit Augenmass» - Gegenvorschlag

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Leon Behrends, FDP dankt dem Gemeinderat namens der FDP für die Ausarbeitung dieses Gegenvorschlags. Wie schon an der Sitzung vom 4. November 2024 erwähnt, sieht die Fraktion die grundsätzliche Stossrichtung des Gegenvorschlags als geeignete Antwort auf die nicht-praktikable Initiative. Die konkrete Ausarbeitung dieses Gegenvorschlags finden sie aber nicht zielführend. In § 8 Abs. 1 steht, dass nur Feuerwerk der Kategorien F1 und F2 erlaubt sein soll. Wieso wird Feuerwerk der Kategorie F3 ausgeschlossen, welches wohlgernekt an den allermeisten Orten verkäuflich ist und in den umliegenden Gemeinden wie Basel, Oberwil, Bottmingen und Allschwil am 1. August auch erlaubt ist? Der Gemeinderat argumentiert für umsetzbare Lösungen. Die FDP ist der Meinung, dies sollte auch in Bezug auf das erlaubte Feuerwerk gelten. Denn es wäre für die Gemeindepolizei wirklich nicht praktikabel zu unterscheiden, ob nun eine abgebrannte Rakete der Kategorie F2 oder F3 zugehört. Ausserdem wäre der, in diesem Bezug, Sonderfall Binningen ausgesprochen bürgerunfreundlich. Es würde an einem Tag, an dem es um gesellschaftlichen Zusammenhalt geht, Denunziantentum gefördert. Um diesen Absatz zu korrigieren, hat die Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt, der die «erlaubten Kategorien» zu «legalen Kategorien» ändert.

Weiter ist die FDP nicht mit der Einschränkung der Antragsstellungsmöglichkeit resp. Gesuchstellungsmöglichkeit für Feuerwerk ausserhalb der bewilligungsfreien Tage einverstanden. Sie sind der Meinung, dass auch Private die Möglichkeit erhalten sollten, einen Antrag zu stellen. Möglicherweise gibt es ja einmal einen Binninger Schwingerkönig oder eine Binninger Bundesrätin. Oder der SC Binningen wird

Schweizer Meister. Wenn einer dieser Träume in Erfüllung gehen würde, würde der Antrag möglicherweise von einem privaten Verein ausgehen. Dem Gemeinderat bliebe die Beurteilung des Gesuchs immer noch erhalten. Auch diesbezüglich hat die Fraktion einen Antrag gestellt. Sie möchte den Wortlaut so ändern, dass auch Private zu einem Antrag an den Gemeinderat zugelassen werden. Der Votant möchte dem Rat diese Änderungen beliebt machen. Im Grundsatz bleibt der Gegenvorschlag erhalten, durch die Anträge wird er aber bürgerfreundlicher, weniger komplex und harmonisiert das Binninger Polizeireglement mit dem der Nachbargemeinden. Die vier Anträge des Gemeinderats bejaht die FDP.

Roman Oberli, SVP bedankt sich namens der SVP-Fraktion beim Gemeinderat für die Ausarbeitung des Gegenvorschlags. Ein Gegenvorschlag, der doch relativ stark auf die Forderungen der Initiative eingeht. Eine Initiative, die notabene nur schwer umsetzbar ist, wie ein Blick in die anderen Gemeinden zeigt. Dass das Komitee die Initiative offenbar trotzdem nicht zurückziehen möchte, weckt bei der SVP die Befürchtung, dass es viel mehr um ein weiteres Kapitel in der Geschichte der Verbotskultur geht. Der 1. August ist einer der wichtigsten Anlässe zur Identifikationsstiftung mit der Schweiz. Die Partei findet es richtig und wichtig, dass dieser besondere Tag, der Geburtstag der Schweiz, zelebriert wird und Traditionen erhalten bleiben. Das gleiche gilt auch für Silvester. Der Gemeinderat schreibt in der Beurteilung, dass er mit dem Gegenvorschlag sicherstellen möchte, dass kein Einwohner vom Abbrennen von Feuerwerk ausgeschlossen wird. Doch genau das passiert, wenn man Feuerwerk erst ab 19 Uhr abbrennen darf. Denn die Kinder, die wahrscheinlich am meisten Freude daran haben, dürfen nicht oder noch nicht alle abends lange wach bleiben. Die Fraktion kann verstehen, dass die Leute morgens ausschlafen und danach vielleicht noch Gassi gehen möchten. Deshalb stellen sie den Antrag, dass die Zeitspanne erweitert wird von 13 Uhr bis 1 Uhr nachts. Ein mehr als gütlicher Kompromiss, der auf alle Seiten eingeht und es trotzdem allen Binningern, ob gross oder klein, ermöglicht «zu käpseln». Der Antrag liegt der Präsidentin vor. Ebenso wie der Antrag, dass der Antrag 4 des Gemeinderats aufgesplittet wird, so dass der Einwohnerrat getrennt zur Initiative und zum Gegenvorschlag Stellung nehmen kann.

Nina Eldridge, Mitte/GLP äussert, die Mitte/GLP unterstütze das Anliegen, die Umwelt und die Bevölkerung besser vor den Auswirkungen des Feuerwerks zu schützen. Die Initiative «Feuerwerk mit Augenmass» ist in ihrer Umsetzung jedoch einfach zu starr. Fixe Zonen zum Abbrennen von Feuerwerken würden zu einer Ungleichbehandlung der Einwohnerinnen und Einwohner in Binningen führen. Zudem müssten die vorgeschriebenen Areale intensiv kontrolliert werden, was mit einem unverhältnismässig grossen Aufwand verbunden wäre. Der Gegenvorschlag nimmt hingegen die zentralen Anliegen auf, Lärmschutz, Umweltschutz und Sicherheit, ohne die Bevölkerung einzuschränken. Er schafft klare Regeln, wie einen zeitlichen Rahmen, erlaubt gezielte Einschränkungen in der lärmsensiblen Zone und ist insgesamt einfacher umsetzbar. Gleichzeitig erlaubt er ein gewisses Mass an Eigenverantwortung im ganzen Gemeindegebiet. So werden alle Personen gleich behandelt, auch die Menschen, die zuhause mit der Familie oder Freunden feiern wollen. Die Mitte/GLP-Fraktion unterstützt daher den Gegenvorschlag und folgt allen vier Anträgen des Gemeinderats.

Peter Bertschi, Grüne/EVP erklärt, die Grünen/EVP begrüssen mehrheitlich den Gegenvorschlag zur Feuerwerksinitiative als Verbesserung zum heutigen Zustand. Wie im Initiativtext vorgeschlagen, sind auch im Gegenvorschlag Zeiten geregelt, in welchen Feuerwerk abgebrannt werden darf. Zudem sind die Feuerwerkskategorien definiert. Das findet seine Fraktion grundsätzlich gut, daher stimmt ein Teil der Fraktion für den Gegenvorschlag. Trotzdem sind sie aber der Meinung, dass der Schutz für viele Einwohnende und auch die Tierwelt viel zu wenig weit geht. Insbesondere die Besitzer von Haustieren wissen, was für eine Belastung es für die Tiere ist, insbesondere am 1. August. Die Grünen/EVP finden es wichtig, dass die Orte, wo man Feuerwerk abbrennen kann, örtlich begrenzt sind. Es ist für sie wichtig, dass das Volk entscheiden kann, welcher Variante es zustimmen will und was umgesetzt wird.

Erik Schellenberg, SP legt dar, auch die SP habe sich mit dieser Feuerwerk-Problematik auseinandergesetzt. Nicht nur die Bevölkerung ist betroffen, sondern auch die Haustiere der Bevölkerung. Die Fraktion stuft die Initiative als eher zu kompliziert und nicht machbar ein. Daher ist die SP eher für den Vorschlag

des Gemeinderats, eine Lösung mit Augenmass, und damit für den Gegenvorschlag.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldungen. In aller Kürze: Der Gemeinderat hat das umgesetzt, was das Parlament in der ersten einwohnerrätlichen Beratung beschlossen hat. Die Eckwerte, die dem Gemeinderat damals auf den Weg mitgegeben wurden, hat er in diesem Vorschlag umgesetzt. Dass man es auf die Kategorien F1 und F2 beschränkt, hat damit zu tun, dass die Kategorien 3 und 4 mittlere und grosse Gefahr beinhalten. Das ist etwas, das man der Bevölkerung nicht zumuten möchte. Nach Rücksprache mit der Polizei ist es durchaus möglich, dies im Einzelfall vor Ort zu unterscheiden. Im Übrigen ist die Tatsache, dass man es vor Ort kontrollieren muss systemimmanent. Das kann man nicht verhindern, wenn man Feuerwerk teilweise verbieten oder zu gewissen Zeiten einschränken will. Es geht dabei aber auch um die Signalwirkung, indem man sagt: «Feuerwerk ist ok, aber wir wollen kein gefährliches Feuerwerk.». Man soll feiern können, das ist absolut richtig, aber Gefahr für die Bevölkerung soll nicht damit verbunden sein. Daher die Beschränkung auf die Kategorien F1 und F2. Das ist eigentlich das Wichtigste, das die Votantin dazu sagen wollte.

Die anderen Sachen liegen letztlich in der Kompetenz des Einwohnerrats. Wenn die Ratsmitglieder die Zeiten anpassen und Anträge aufsplitten möchten, wird sich die Gemeindepräsidentin nicht dazu äussern. Der Gemeinderat hat das umgesetzt, was der Rat ihm an der letzten Einwohnerratssitzung als Stossrichtung mit auf den Weg gegeben hat. Vielleicht noch ein Punkt zur Abstimmung mit den Nachbargemeinden. Wenn Binningen anfängt, sich mit den Nachbargemeinden abzustimmen, dann müssten viele Reglemente angepasst werden. Die Frage ist dann, nach wem die Reglemente angepasst werden. Es ist der Gemeinde auch unbenommen, wenn sie ein Reglement, wie das vorliegende, überarbeitet, dass man vielleicht Lösungen findet, die sogar gescheiter sind als die der Nachbargemeinden, die es schon länger haben. Man entwickelt sich ja auch gegenseitig immer weiter und schaut ein wenig ab. Daher sieht sie die Tatsache, dass Binningen nicht eins zu eins mit den Nachbargemeinden abgestimmt ist, nicht wirklich als grosses Problem.

Marco Giani, FDP möchte als Ergänzung kurz anfügen, dass F3 die Blöcke sind, die jeder Private ab 18 Jahren abbrennen darf. Sie geben schöne Feuerwerke im Gegensatz zur Kategorie F1 und F2, wo es dann vielleicht die Knaller sind, die den ganzen Tag knallen und die man eben nicht will. Dies einfach zur Ergänzung. F4 ist dann gewerblich. Dort braucht man einen gewerblichen Schein, um das Feuerwerk abzubrennen. F3 sind also die Blöcke, die das schöne Feuerwerk geben, bei dem man eher noch etwas zu sehen hat und an denen man eher Interesse hat als an den Knallern in der Kategorie F2. Daher würde er es begrüssen, wenn man die Kategorie F3, wie im Antrag der FDP formuliert, auch reinnehmen würde. Dies einfach informativ, damit das jedem hier im Saal bewusst ist.

ABSTIMMUNG

Die Präsidentin möchte zuerst über die Anträge aus dem Einwohnerrat abstimmen und dann über die Anträge des Gemeinderats. Als erstes liegt ihr ein Änderungsantrag von Leon Behrends, FDP, zu § 8 Abs. 1 vor. Es geht dort um einen Zusatz. Neu würde es heissen: «Das Abbrennen von Feuerwerk ist in den Nächten vom 31. Juli auf den 1. August, vom 1. August auf den 2. August sowie vom 31. Dezember auf den 1. Januar jeweils zwischen 19.00 Uhr und 01.00 Uhr bewilligungsfrei gestattet, sofern es sich um legales Feuerwerk handelt.».

Antrag FDP: § 8 Abs. 1: legales Feuerwerk: 28 JA / 6 NEIN (Abstimmung 04)

Präsidentin Karin Müller, SP teilt mit, es liege ein weiterer Antrag zu § 8 Abs. 1 vor und zwar von Roman Oberli, SVP. Dieser lautet: «Das Abbrennen von Feuerwerk ist in den Nächten vom 31. Juli auf den 1. August, vom 1. August auf den 2. August sowie vom 31. Dezember auf den 1. Januar jeweils zwischen 13.00 Uhr und 01.00 Uhr bewilligungsfrei gestattet, sofern es sich um legales Feuerwerk handelt.».

Antrag SVP: § 8 Abs. 1: Erweiterung Zeitdauer: 23 JA / 7 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 05)

://: § 8 Abs. 1 wird wie folgt angepasst:

Das Abbrennen von Feuerwerk ist in den Nächten vom 31. Juli auf den 1. August, vom 1. August auf den 2. August sowie vom 31. Dezember auf den 1. Januar jeweils zwischen 13.00 Uhr und 01.00 Uhr bewilligungsfrei gestattet, sofern es sich um legales Feuerwerk handelt.

Damit kommt die Präsidentin zu einem weiteren Antrag von Leon Behrends, FDP, zu § 8 Abs. 2 und § 8a Abs. 1. Da der Wortlaut in diesen beiden Paragraphen und Absätzen genau gleich ist und auf die genau gleiche Art geändert werden soll, würde sie dies zusammennehmen. Sie liest beide Anträge vor. Der neue Wortlaut von § 8 Abs. 2 würde lauten: «Ausserhalb der Nächte gemäss Abs. 1 ist das Abbrennen von Feuerwerk verboten. Es ist jedoch im Rahmen von öffentlichen oder privaten Anlässen mit vorgängiger Bewilligung des Gemeinderats zulässig. Ein Gesuch kann von der Gemeinde, der Bürgergemeinde sowie von privaten Personen und Organisationen gestellt werden. [...]». Die gleiche Änderung gilt für § 8a Abs. 1: «Das Schiessen im Freien (Abfeuern von Salutschüssen) bedarf einer Bewilligung des Gemeinderats. Es ist im Rahmen von öffentlichen oder privaten Anlässen zulässig. Ein Gesuch kann von der Gemeinde, der Bürgergemeinde sowie von privaten Personen und Organisationen gestellt werden. [...]».

Antrag FDP: Gesuch auch für private Anlässe: 25 JA / 1 NEIN / 8 Enthaltungen (Abstimmung 06)

://: § 8 Abs. 2 wird wie folgt angepasst:

Ausserhalb der Nächte gemäss Abs. 1 ist das Abbrennen von Feuerwerk verboten. Es ist jedoch im Rahmen von öffentlichen oder privaten Anlässen mit vorgängiger Bewilligung des Gemeinderats zulässig. Ein Gesuch kann von der Gemeinde, der Bürgergemeinde sowie von privaten Personen und Organisationen gestellt werden. Der Gemeinderat beachtet bei der Beurteilung von Gesuchen die Interessen der Gesamtbevölkerung, die Folgen für die Flora und Fauna, die Brandgefahr, die Lärmbelastung, die Luftverschmutzung, die Bodenverschmutzung und die Abfallentsorgung.

://: § 8a Abs. 1 wird wie folgt angepasst:

Das Schiessen im Freien (Abfeuern von Salutschüssen) bedarf einer Bewilligung des Gemeinderats. Es ist im Rahmen von öffentlichen oder privaten Anlässen zulässig. Ein Gesuch kann von der Gemeinde, der Bürgergemeinde sowie von privaten Personen und Organisationen gestellt werden. Die Bewilligung kann mit Auflagen verbunden werden.

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP kommt zum letzten Antrag zu diesem Geschäft aus dem Einwohnerrat. Der Antrag ist von Roman Oberli, SVP, und bezieht sich auf den Antrag 4 des Gemeinderats. Dieser soll aufgeteilt werden in einen Antrag 4: «Der Einwohnerrat empfiehlt den Stimmberechtigten, die formulierte Volksinitiative «Feuerwerk mit Augenmass» abzulehnen.» und in einen Antrag 5: «Der Einwohnerrat empfiehlt den Stimmberechtigten, den Gegenvorschlag anzunehmen.».

Antrag SVP: Aufsplittung Antrag 4 des Gemeinderats: 21 JA / 10 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 07)

Antrag 1 des Gemeinderats: 31 JA / 3 NEIN (Abstimmung 08)

Antrag 2 des Gemeinderats: 32 JA / 2 Enthaltungen (Abstimmung 09)

Antrag 3 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 10)

Neuer Antrag 4 des Gemeinderats: 22 JA / 12 NEIN (Abstimmung 11)

Neuer Antrag 5 des Gemeinderats: 27 JA / 7 NEIN (Abstimmung 12)

- ://: 1. Der Einwohnerrat stimmt dem Gegenvorschlag des Gemeinderates zum Begehren des Initiativkomitees «Feuerwerk mit Augenmass» mit Änderungen zu.
- ://: 2. Der Einwohnerrat unterstellt die Initiative «Feuerwerk mit Augenmass» der Urnenabstimmung.
- ://: 3. Der Einwohnerrat stellt der formulierten Volksinitiative «Feuerwerk mit Augenmass» den formulierten Gegenvorschlag gegenüber und unterbreitet beide Vorlagen den Stimmberechtigten zur Abstimmung. Sollten sowohl der Gegenvorschlag als auch die Volksinitiative «Feuerwerk mit Augenmass» angenommen werden, entscheidet die Stichfrage.
- ://: 4. Der Einwohnerrat empfiehlt den Stimmberechtigten, die formulierte Volksinitiative «Feuerwerk mit Augenmass» abzulehnen.
- ://: 5. Der Einwohnerrat empfiehlt den Stimmberechtigten, den Gegenvorschlag anzunehmen.
-

Traktandum 4

Nr. 30

Interfraktionelles Postulat: Zolli in Binningen: Ja - aber unter klaren Bedingungen

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

GESCHÄFTSBERATUNG

Konrad Widmer, SVP bedankt sich namens der SVP beim Gemeinderat für den Bericht. Interessanterweise enthält er im letzten Abschnitt auch eine allgemeine Lebensweisheit und einen historischen Abstecker. Auch dafür herzlichen Dank. Die Fraktion spricht sich für die Überweisung des Postulats aus, verbunden allerdings mit der Befürchtung, dass sich all die Forderungen im Postulat in den Verhandlungen wahrscheinlich nicht umsetzen lassen. Umso mehr wünschen sie dem Gemeinderat gutes Gelingen in diesen Verhandlungsgesprächen.

Aline Glaser, Grüne/EVP teilt mit, die Fraktion danke für den Bericht und freue sich zu hören, dass der Prozessschritt für die Verlagerung des Jugendhauses eingeleitet wurde. Sie sehen aber einen grossen Verlust für die Kinder und Jugendlichen, wenn der Standort des Robi-Spielplatzes für einen Zolli-Eingang verschwinden würde. Die Grüne/EVP ist für die Überweisung des Vorstosses.

Rahel Amacker, Mitte/GLP findet das vorliegende Thema alles andere als einfach. Fakt ist, das Jugendhaus benötigt bis spätestens 2030 einen neuen Standort. Das ist eine zwingende Notwendigkeit, die nicht aufgeschoben werden kann. Parallel dazu besteht die Möglichkeit einer Verlegung des Robi-Spielplatzes. Allerdings besteht hier kein vergleichbarer, zeitlicher Druck. Weil eine solche Verlagerung erfahrungsgemäss viel Zeit beanspruchen kann, erachtet es die Fraktion als sinnvoll, die Möglichkeit bereits früh zu prüfen. Allenfalls ergibt sich sogar eine gemeinsame Lösung mit dem Jugendhaus. Die Priorität liegt für die Mitte/GLP aber klar beim Jugendhaus, denn hier bleiben nur noch fünf Jahre und kein Handlungsspielraum am jetzigen Standort. Die Fraktion sieht in der offenen Haltung des Gemeinderats einen konstruktiven Ansatz, um neue Projekte anzudenken und die bestmögliche Lösung für Binningen zu finden. Ihnen ist wichtig zu betonen, dass Veränderungen nicht per se abgelehnt werden sollen nur, weil

sie neu sind. Es ist wichtig, dem Prozess mit Offenheit zu begegnen und die Chancen zu erkennen, die eine solche Neuordnung mit sich bringen kann. Gleichzeitig ist es zentral, dass alle relevanten Akteure in diesen Prozess eingebunden werden, um eine für alle zufriedenstellende Lösung zu finden. Entscheidend ist für die Mitte/GLP, dass die neuen Standorte für beide Institutionen geeignet sind und dass alle Beteiligten fair und transparent in den Prozess einbezogen werden. Aus diesen Gründen werden sie das Postulat überweisen.

Gaida Löhr, SP: Der Elefant im Raum. Gestern hat der Robi-Spielplatz mit vielen Gästen Geburtstag gefeiert. Er wurde 50 Jahre alt und ist, wie immer wieder betont wurde, nötiger denn je. In unserem immer dichter überbauten Tal brauchen die Kinder Raum mit wenig Regeln, vielen Möglichkeiten Neues auszuprobieren mit Wasser, Feuer, Baumhütten, Tieren, Werkzeugen und vielem mehr. Der Vertreter des Gemeinderats hat dies auf dem Robi extrem gut dargestellt. Ein grosser Elefant steht derzeit im Robi. Sinnbild für die Frage, wie es weitergeht. Die jetzige Lage ist fast perfekt. Dieser seltsame, hügelige, lehmige Landstreifen relativ schmal zwischen zwei Bächen ist topografisch für die Ansprüche der Kinder fast perfekt. Auch die Lage ist eigentlich gut. Obwohl immer verdichteter gebaut wird, haben wir in Binningen immer noch kein echtes Ortszentrum. Man hat es seit ca. 30 Jahren versucht und nie fertiggebracht. Die Kinder hingegen haben eines. Im Dorfzentrum gibt es Schulhäuser, Kindergärten. Dort ist die Musikschule, das Familienzentrum, die Ludothek, die Bibliothek und der Fussballplatz. Es gibt dort ganz viel. Und dann eben das alte Tagi, die KiTA, das Jugendhaus und den Robi-Spielplatz. Das ist richtig im Zentrum von Binningen und das Ganze befindet sich in der Nähe des Hintereingangs des Zollis.

Damit kommt sie zum Elefanten. Die Fraktion steht zum Zolli. Sie denken auch, dass eine Vergrösserung durchaus Vorteile bringen könnte und sicherlich geprüft werden soll. Priorität hat für sie aber trotz allem der Robi. Und sie meint, das habe er auch für die Postulanten, so wie sie das Postulat gelesen hat. Priorität hat der Robi mit seinen ca. 16 000 Besuchern im letzten Jahr. Das ist doch beachtlich und eine gigantische Entwicklung seit dem Start des Robi-Spielplatzes. Da ist viel passiert. Der Robi hat sich entwickelt und entwickelt sich laufend weiter. Einfach, damit es nicht so tönt, als ob ein Dortbleiben ein reines Zwängen sei, so müsse es ewig bleiben. Der Robi hat einmal für die Primarschulkinder am Nachmittag gestartet. Dann kam der Morgen für die Kleinkinder hinzu. Es gibt Lager, Tageslager, Übernachtungen, Familienwochenenden usw. Es ist ganz viel passiert und es soll auch so weitergehen. Das ist auch unbestritten. Für die SP ist wichtig, dass das Postulat so verstanden wird, wie es formuliert wurde. Nämlich, dass der Gemeinderat nicht prüft, welche der Bedingungen man ev. irgendwie aufnehmen kann. Es wurde schon eine gewisse Skepsis geäussert, dass man dies auf dem Verhandlungsweg erreicht. Ihrer Ansicht nach haben die Postulanten gesagt, Veränderung resp. der Ausbau des Zolli ja, aber mit diesen Bedingungen. Der Auftrag an den Gemeinderat wäre, dass er abklärt, wie er diese Bedingungen einhalten und den Zolli erweitern kann. Das bleibt für die Votantin ein ganz entscheidender Punkt. Sie dankt dem Gemeinderat für den Bericht. Sie dankt ihm für seine Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen. Die SP ist für Überweisen des Postulats, aber ganz klar in der Meinung, dass sie vielleicht eine Vergrösserung wollen, aber es ist für sie nicht sakrosankt.

Kevin Lancashire, FDP hat drei Punkte. Erstens: Die FDP steht der Attraktivitätssteigerung des Zentrums mehrheitlich positiv gegenüber, also auch dem Zoo-Projekt. Denn es ist etwas, dass bei Jung und Alt gut ankommt. Zweitens: Die Verhandlung kann ihres Erachtens härter geführt werden. Es betrifft die Zentrumszone von Binningen. Es wurde schon gesagt, wie wichtig diese für Binningen ist. Daher hat der Redner, drittens, am Freitag einen Antrag eingereicht, mit welchem er die Idee einwerfen will, dass man den Robi in den Zolli integriert und plus/minus dort belässt, wo er ist, vielleicht auch nur einen Teil. Es gibt die Möglichkeit, z.B. die Verpflegung der Kinder, das Kerzenziehen im Winter vielleicht in diesem neuen Restaurant an einem geeigneten, schönen Ort zu machen, aber dass die pädagogische Funktion des Robi-Spielplatzes beibehalten wird. Dass man das bestehende Ökosystem weiterhin für Binnerer im Zentrum attraktiv lässt und eine Kooperation mit der neuen Gastronomie anregen würde. Und ganz wichtig: Die Finanzierung soll initial vom Zolli erfolgen. Ein Upgrade, ein Robi plus, anstatt den Robi z.B. irgendwo an die Gemeindegrenze zu verlagern. Die FDP ist für Überweisung des Postulats.

Olivier Kremono, SVP äussert, Gaida Löhr habe schon sehr viel Richtiges gesagt, auch zur tollen Feier am Wochenende für alle, für alle Kinder. Gemeinderat Marc Schinzel hat dort in seiner Rede auch viel Wichtiges erwähnt. Er hat betont, dass die Kinder sonst heutzutage viele Einschränkungen haben. Der jetzige Standort des Robi-Spielplatzes ist so, dass sich die Kinder frei entfalten können und es stört niemanden. Der Votant ist sich sicher, dass man keinen besseren Standort finden wird als den jetzigen. Er möchte noch anfügen, dass das Problem der mangelnden Sportplätze nicht gelöst ist. Und auch der neue Standort des Werkhofs ist noch nicht gefunden. Daher ist er der Ansicht, man müsse gar nicht anfangen zu diskutieren, den Robi wegen des Zollis zu verlegen.

ABSTIMMUNG

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP möchte, bevor sie zur Abstimmung über die Überweisung kommt, über den Antrag von Kevin Lancashire, FDP, abstimmen lassen. Dieser lautet: «Der Gemeinderat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des Zoo Basel und des Robi-Spielplatzes zu prüfen, inwiefern eine Integration des Robi-Spielplatzes in das Areal des Zoo Basel realisiert werden kann, anstatt einer vollständigen Verlagerung des Robi-Spielplatzes an einen separaten Standort.».

Antrag Lancashire: Prüfung Integration Robi in Zoo: 26 JA / 1 NEIN / 6 Enthaltungen (Abstimmung 13)
Überweisung: Einstimmig JA (Abstimmung 14)

BESCHLUSS

- ://:** 1. Der Gemeinderat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des Zoo Basel und des Robi-Spielplatzes zu prüfen, inwiefern eine Integration des Robi-Spielplatzes in das Areal des Zoo Basel realisiert werden kann, anstatt einer vollständigen Verlagerung des Robi-Spielplatzes an einen separaten Standort.
- ://:** 2. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.
-

Traktandum 5

Nr. 48

Interpellation H. Steffen, SVP: Samariterverein, Unterbringung Anhänger, finanzielle Unterstützung

Präsidentin Karin Müller, SP informiert, dass die Antworten des Gemeinderats den Ratsmitgliedern schriftlich vorliegen. Sie fragt den Interpellanten, ob er mit den Antworten zufrieden ist.

Interpellant Hubert Steffen, SVP ist einverstanden mit den Antworten. Er möchte sich im Namen des Samaritervereins beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Zurverfügungstellung eines Abstellplatzes recht herzlich bedanken.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

- ://:** Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates zur Interpellation.
-

Interfraktionelle Interpellation: Ertragssteuerfuss und Standortattraktivität

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP teilt mit, auch hier liegen den Ratsmitgliedern die Antworten in ihren Unterlagen vor. Sie fragt die Interpellanten, ob sie mit den Antworten zufrieden sind.

Nina Eldridge, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat für die Antworten und würde gerne Diskussion beantragen.

ABSTIMMUNG

Diskussion: Einstimmig JA (Abstimmung 15)

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Oliver Peter, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Die Mitte/GLP anerkennt grundsätzlich die Darstellung der bestehenden Situation beim Unternehmenssteuersubstrat. Sie verstehen, dass niedrige Unternehmensertragssteuern einen unmittelbar wirksamen Hebel bieten, mit dem die Gemeinde ihre Attraktivität als Unternehmensstandort direkt beeinflussen kann. Die Fraktion kann auch nachvollziehen, dass eine Erhöhung des Steuerfusses und damit die Preisgabe eines relativen Standortvorteils möglicherweise nicht zur Erhöhung des Unternehmenssteueraufkommens führen würden, sondern zur Abwanderung von Unternehmen. Schliesslich teilen sie auch die Einschätzung des Gemeinderats, welche weiteren relevanten Standortfaktoren bestehen. Also Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindung, Zugang zu Fachkräften, stabile rechtliche Verhältnisse, Lebensqualität, Glasfaserinternet, eine effiziente Verwaltung und Kooperationsmöglichkeiten zwischen Unternehmen. Umso mehr ist die Mitte/GLP überrascht, dass der Gemeinderat eine gesamtheitliche Strategie zur Förderung der Standortattraktivität für Unternehmen in Binningen nicht für nötig hält, obwohl die Senkung des Steuerfusses nach seinen Angaben keine neuen Firmen angezogen hat. Gerade weil Gewerbeflächen in Binningen rar sind, brauchen wir doch eine Strategie, um diese möglichst gut auszunutzen. Statt Quantität halt eben Qualität.

Einer der vom Gemeinderat erwähnten Standortfaktoren ist die Kooperation von Unternehmen. Also Synergien, die aus einem Firmenökosystem entstehen. Das wäre sicher ein denkbarer Ansatzpunkt für eine solche Strategie. In Binningen gibt es z.B. bereits einen recht bemerkenswerten Gesundheits-Cluster. Synergien sind aber auch und besonders für den Detailhandel und die Gastronomie entscheidend. Die Fraktion ist überzeugt, dass es in Binningen sehr wohl eine Nachfrage für spezialisierten Detailhandel gäbe. Damit dieser erfolgreich sein kann, müsste die Ansiedlung aber koordiniert erfolgen. Ein attraktives Einkaufszentrum ist mehr als die Summe der einzelnen Läden und Restaurants. Es ist ein Ökosystem. Die Gemeinde sollte das Gewerbe dabei unterstützen, ein solches Zentrum gemeinsam zu entwickeln. Dienstleistungsunternehmen brauchen heute nicht mehr unbedingt viel Bürofläche. Binningen hat aber keinerlei Co-Working-Spaces oder attraktive Räumlichkeiten für Businessmeetings. Auch hier wäre eine Strategie möglicherweise sinnvoll. Die Mitte/GLP nimmt Kenntnis von der Antwort des Gemeinderats. Sie möchten aber gerne nochmals fragen, warum man es nicht für sinnvoll hält, eine ganzheitliche Strategie zu erarbeiten, um vom tiefen Unternehmenssteuerfuss auch wirklich zu profitieren.

Christoph Daniel Maier, FDP möchte, da die Diskussion zu dieser Interpellation eröffnet wurde, zwei Sachen anmerken. Zuerst möchte er dem Gemeinderat für die qualitativ hochstehenden Antworten danken. Er ist sehr zufrieden, wie der Gemeinderat hier geantwortet hat. Es gibt einen zweiten Punkt, den

er sagen muss. Er möchte einen dringenden Appell an seine lieben Mitkolleginnen und Mitkollegen hier im Rat richten. Wenn man eine Interpellation macht, ist es schlechter politischer Stil, wenn man eine einzelne juristische Person herausnimmt und von dieser irgendeine Behauptung in den Raum stellt und behauptet, sie würde keine Steuern bezahlen. Ohne jeden Beleg. Das ist eigentlich ungeheuerlich. Es grenzt an Persönlichkeitsverletzung. Er weiss nicht, wie man auf so etwas kommen kann, wie man so etwas benützen kann, um in einem an sich sachlichen Umfeld eine politische Diskussion zu führen. Die Person, die die Interpellation formuliert hat, ist heute leider nicht da. Eigentlich gehörte sich, dass er sich für diese Art und Weise zu politisieren hier entschuldigt. Der Redner dachte, wenn man schon darüber diskutiert, dann möchte er darauf hinweisen. Es gehört sich nicht, dass man auf eine Person oder auf ein Unternehmen, dass hier in Binningen ist und Steuern bezahlt, so einschiesst.

Stephan Siegel, SVP schliesst sich seinem Vorredner der FDP an. Auch die SVP möchte dem Gemeinderat für die sehr klare, deutliche, standortbekenkende Antwort danken. Sie möchten die Gemeinderätin für Finanzen bitten, die Unternehmen auch direkt zu informieren, wie die Antwort auf die Interpellation war. Damit die Unternehmen wissen, aus welcher Ecke es kommt und wie die Gemeinde dazu steht. Er kann sich dem Votum von Christoph Maier nur anschliessen. Es ist eigentlich ungeheuerlich. Ganz allgemein der Angriff auf Unternehmen. Sie sind es, die die Wertschöpfung in unserer Gesellschaft erschaffen. Dann hier in zwei Anläufen, es ist bereits der zweite Anlauf, auf die Unternehmen einschlagen zu wollen. Ganz abgesehen davon. Was ist es mit den Unternehmen? Es weiss jeder, dass Unternehmen am Ende keine Steuern bezahlen. Die Last der Steuern tragen die Mitarbeitenden mit tieferen Löhnen, Lieferanten, Kunden oder die Eigentümer. Und wenn es hier um die grossen Unternehmen geht, die mit 750 Mio. Franken Umsatz, dann muss man sich bewusst sein, dass über die Hälfte des Schweizer Börsenkapitals im Besitz der Pensionskasse ist. Das ist Vorsorgevermögen. Hier abschöpfen und abtragen zu wollen, findet er einfach dumm. Daher nochmals: vielen Dank an den Gemeinderat.

Gaida Löhr, SP findet die Vorwürfe an die Interpellanten doch etwas ungerecht. Tatsache ist, es wurde eine Frage gestellt. Ob es richtig ist, dass es in Binningen zurzeit kein Unternehmen gibt mit einem Umsatz von mehr als 750 Mio. Franken? Das findet sie eine legitime Frage. Die Frage zur Ameropa findet sie auch legitim. Sie findet es auch völlig in Ordnung, wenn der Gemeinderat erklärt, er könne dies nicht beantworten. Aber daraus nun ein Bashing zu machen, findet die Votantin absolut daneben.

Christian Schmid, SVP erklärt, wie seine zwei Vorredner schon gesagt haben, ist es das eine, wieder einmal die Unternehmen anzugreifen. Aber dann noch ein spezifisches Unternehmen herauszupicken, wo die Gemeinde eigentlich sehr dankbar sein müsste, dass das Unternehmen hier ist. Denn vor allem für grössere Unternehmen ist es relativ einfach, den Sitz zu verlegen. Es ist die gleiche Seite, die dann wieder sagt: «Wir haben kein Geld, wir haben kein Geld. Noch mehr Steuern, noch mehr Steuern.». Das bezahlen am Schluss alle. Es geht gefühlt in jeder Sitzung in diese Richtung. Er fragt sich, ob es einfach eine Verständnisfrage ist, oder woran es liegt. Aber es sind genau die Leute, die die Steuern bezahlen in dieser Gemeinde. Wir müssen ihnen dankbar sein und sie nicht angreifen oder Sachen sagen, die wirklich kritisch sind. Es geht schon fast in Richtung üble Nachrede oder so etwas.

Rahel Amacker, Mitte/GLP möchte sich nur ganz kurz äussern. Die Kritik mit der einzelnen Nennung mag durchaus legitim sein. Dazu möchte sie nichts sagen. Aber die ganze Interpellation hatte sicher nicht im Sinn, die Unternehmen anzugreifen. Zumindest nicht von Seiten ihrer Fraktion, von der Person, die mitunterzeichnet hat und heute nicht da ist. Es ging darum, die Standortattraktivität zu fördern. Dass es hier keine Strategie des Gemeinderats gibt, dazu wollte die Mitte/GLP mehr wissen. Denn Binningen hat einen tiefen Steuersatz, dann sollte dieser auch wirklich genutzt werden und die anderen Faktoren sollten auch gut sein für die Unternehmen.

Urs Hauri, Grüne/EVP führt aus, die Diskussion habe sich bisher vor allem um Sachen gedreht, die in der Interpellation stehen, aber einer der Punkte war seiner Ansicht nach: Wieso haben wir 31 Prozent gegen 50 Prozent? Binningen soll für Unternehmen attraktiv sein. Das ist klar. Wir haben auch gesehen, dass

die Unternehmen einen kleinen Beitrag zum Ganzen leisten. Aber Steuerwettbewerb im Ausmass von 31 Prozent vs. 50 Prozent, wie es die anderen Gemeinden in Baselland haben, ist relativ viel. Attraktive Gemeinde: ja. Aber Steuerwettbewerb so, dass man überall dorthin zieht, wo es die niedrigsten Steuern gibt, ist eigentlich nicht im Sinn der Grünen im Allgemeinen oder vielleicht auch nicht der SP, die den Steuerwettbewerb sonst auch kritisch hinterfragt. Gute, attraktive Bedingungen: ja, wie es auch von Oliver Peter dargelegt wurde. Es ist klar, dass wir das brauchen. Überall. Aber ein Steuerwettbewerb, bei welchem die Unternehmen zur tiefst möglichen Gemeinde gehen, führt dazu, dass die Gemeinden ständig reduzieren müssen. Das kann seiner Meinung nach nicht im Sinne des Erfinders sein. Gewisse Steuereinnahmen benötigt eine Gemeinde für soziale Aufgaben, die Ausbildung. Das merken man immer wieder. Wenn man das alles runterfährt, das war seines Erachtens einer der Punkte, der dazu geführt hat, dass die Interpellation eingegeben wurde. Über diesen Punkt wurde bisher nicht gesprochen. Er möchte noch anfügen, dass die Gemeinde auf etwas verzichtet, wenn sie die 15 Prozent nicht ausschöpft. Er weiss nicht, wie weit man gekommen ist. Es steht auch nicht in der Antwort. Es steht nur, wenn man alles absetzen würden, würden man 300 000 Franken mehr gewinnen. Das ist nicht wirklich viel. Aber auf wieviel man verzichtet und es dem Bund überlässt, der die Ergänzungssteuer dann erhält, steht nicht.

Gaida Löhr, SP teilt mit, an und für sich habe Rahel Amacker das gesagt, was sie sagen wollte. Sie sieht immer noch nicht, und dagegen wehrt sie sich auch, dass sich diese Interpellation gegen Unternehmen aussprechen wollte. Mit der Interpellation wurde die Gemeinde gefragt, wie sie gewisse Sachen handhabt. Rahel Amacker hat das ihrer Ansicht nach gut ausgedrückt.

Christoph Daniel Maier, FDP darf noch ganz kurz Urs Hauri replizieren. Man muss sich daran erinnern, wieso wir heute den Steuersatz haben, den wir haben. Als der Wechsel von Steuerfuss zum Steuersatz kam, haben wir uns dafür entschieden, dass wir nachgerechnet haben, wieviel Steuereinnahmen wir haben und wie man dies umrechnen muss, damit man weiterhin die genau gleichen Steuereinnahmen generiert. Wenn man es damals gewollt hätte, als man es eingeführt hat, dann hätte man eine Zweidrittelmehrheit für diese Steuererhöhung gebraucht. Dessen sind sich alle Anwesenden bewusst. Es liegt noch nicht so lange zurück. Es kommt also nicht von ungefähr. Der Einwohnerrat hat sich dafür entschieden, bei diesem Systemwechsel, der der Gemeinde vom Kanton vorgegeben wurde, die Steuern gleich zu belassen. Dass fast alle anderen Gemeinden im Baselbiet sich dafür entschieden haben, die goldige Gelegenheit zu ergreifen und ihre Steuern zu verdoppeln, dafür können wir in Binningen nichts. Aber wir wollten uns dem nicht anschliessen. Man muss sich seines Erachtens nochmals zurückbesinnen, warum man an diesem Punkt ist. Es ist nicht einfach Zufall, sondern wir wollten die gleiche Belastung behalten. Die genau gleiche, nicht mehr und nicht weniger, wie man sie vor dem Systemwechsel schon hatte. Daher wehrt er sich dagegen zu sagen, man habe diese gesenkt oder wollte damit eine aktive Standortförderung machen etc. Das stimmt nicht! Man hat einfach die bisherige Belastung weitergeführt. Eigentlich ist es schade. Man hätte vielleicht in der Antwort des Gemeinderats noch anführen können, warum wir da sind, wo wir heute sind.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP bedankt sich für die Voten. Sie wird sich kurzhalten und nur auf einen Punkt eingehen, und zwar auf den Punkt der Mitte/GLP bzgl. Standortattraktivität. Das ist so. Der Votantin ist die Standortattraktivität als Unternehmerin sehr wichtig. Der Gemeinderat hat sich Gedanken dazu gemacht. Es ist aber leider so, dass der Gemeinde aufgrund der Angaben, es steht auch im Bericht geschrieben, bis zu einem gewissen Grad die Hände gebunden sind. Wenn man z.B. die angesprochenen Co-Working-Spaces nimmt. Sie hätte dies eine super Sache gefunden. Das hätte man z.B. auf dem Spiesshöfli-Areal machen können, aber dort ist der Einwohnerrat im Moment ja am Diskutieren, ob man da etwas Anderes machen soll. Dort hätte man z.B. Platz gehabt, solche Sachen zu machen. Auf der anderen Seite muss man realistisch sein. Wir haben einfach keine Flächen, die für Firmen attraktiv sind. Insbesondere für Firmen, die sich vielleicht vergrössern wollen oder für Firmen, die auch noch Lagerflächen brauchen. Wenn man von der Life Science-Industrie spricht, auch wenn man vielleicht manchmal nur einen Briefkasten benötigt, ist es halt doch angenehm, wenn man in Allschwil einen Hub hat, wo

man sich mit anderen Kollegen quasi auf dem gleichen Stock oder im Haus nebenan oder eine Etage tiefer oder höher austauschen kann, als wenn man in Binningen ist und doch wieder etwas ab vom Schuss. Wir haben mit Allschwil natürlich eine gewisse Konkurrenz. Sie haben aber Platz und die zuständige Gemeinderätin erachtet es als richtig, dass man dort einen Hub hat. Sie findet es wichtig, dass man diesen auch weiterhin in der Region halten kann. Natürlich wäre es schön, wenn man mehr Unternehmen in Binningen hätte, aber wir können froh sein, dass wir doch einige haben. Diesen muss man Sorge tragen, damit sie nicht abwandern. Es gab Firmen, die abgewandert sind. Es geht dabei um gewerbliche Firmen. Sie sind abgewandert, weil sie mehr Platz benötigten und das war nicht möglich. Dies einfach noch ergänzend. Sie hofft, sie konnte etwas Klarheit schaffen.

Sirin Hauri, Grüne/EVP wollte noch kurz Stellung dazu nehmen, wie es dazu gekommen ist, dass eine Firma genannt wurde. Das letzte Mal, als der Einwohnerrat über diese Sache gesprochen hat, hiess es, wenn sie sich richtig erinnert, dass es in Binningen keine Unternehmen gibt, die der OECD-Mindeststeuer unterworfen sind. Sie ist der Meinung, dass die Nachfrage aus diesem Grund kam. Es war kein spezifischer Angriff.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Antworten des Gemeinderats zur Kenntnis.

Traktandum 7

Nr. 31

Interfraktionelles Postulat: Vertretungsregelung Einwohnerrat

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Stefan Kaiser, FDP erläutert, es gebe ein paar Kantone wie z.B. Graubünden, Wallis, Genf, Neuenburg und Jura, die eine solche Vertretungsregelung bereits in ihren Kantonsparlamenten kennen. Der Kanton ist aber eine andere Flughöhe als eine Gemeinde, wie Binningen eine ist. Auch der Bund hat in den Parlamenten keine solche Regelung. Er wollte sie explizit nicht annehmen und sie wurde in beiden Kammern abgelehnt. Die Gründe, planbar oder nicht, wieso eine solche Vertretungsregelung Sinn machen könnte, sind im Postulat dargelegt. Die Entsendung von Mitgliedern ins Parlament ist ein Entscheid, den die Wähler getroffen haben. Wenn man die Plakate anschaut, werden in der Mehrheit doch Personen mit den Bildern, die angeschlagen sind, gewählt. Die Vertretungsregelung, wenn man so will, kann man auch durch die Liste der Nachrückenden als gegeben anschauen. Sind diese aufgebraucht, so kann sich in der Theorie das Mitglied, welches ausgeschieden ist, von der Partei und dem Ausschuss wieder nominieren lassen. Die Gründe, die dafür und dagegen sprechen, sind mannigfaltig. Die Fraktion ist gespannt, was der Gemeinderat als sinnvoll und in seinen Augen als machbar anschaut und was für eine Vorlage er dem Einwohnerrat präsentieren wird. Die FDP wird mehrheitlich für eine Überweisung votieren.

Nina Eldridge, Mitte/GLP führt aus, wie in Vorredner erwähnt hat, gibt es in gewissen Gemeinden und Kantonen bereits eine Vertretungsregelung. Zuletzt wurde eine solche Regelung im Kanton Baselland

aber abgelehnt. Das bedauert die Mitte/GLP sehr. Eine Vertretungsregelung bringt viele Vorteile mit sich und widerspiegelt auch das Milizsystem, bei welchem das politische Amt mit Beruf, Familie und Freizeit vereinbar sein muss. Wenn jemand aus dem Einwohnerrat mehrere Monate fehlt, fehlen in dieser Zeit nicht nur die Arbeit und das Engagement dieser Person, sondern auch die Vertretung der politischen Haltung. Das führt dazu, dass der Wählerwille nicht vollständig abgedeckt wird. Viele Einwohner-räte werden sich zu einem Zeitpunkt in ihrer Legislatur entweder aktiv für eine Auszeit entscheiden oder z.B. familienbedingt eine Auszeit benötigen. Anstatt sich dann entscheiden zu müssen, ob man das Amt ganz ablegt, kann man so ein paar Monate überbrücken und das Amt danach wieder aktiv ausüben.

Es bringt auch viele Vorteile für die Nachrückenden, die so einen Einblick in den Einwohnerrat erhalten, ohne dass sie danach direkt ins kalte Wasser geworfen werden, wenn sie das Amt einmal übernehmen. Zusätzlich würden sich vielleicht auch mehr Bürger politisch engagieren, wenn ein solches Amt keine ganz so strenge Verpflichtung wäre. Man kann die Vertretungsregelung auch an gewisse Vorschriften binden z.B., dass der Ersatz nicht in einer Kommission tätig sein darf und von der Nachrücker-Liste kommen muss. So würde man eine gewisse Willkür bei der Ersatzwahl minimieren. Die Rednerin ist der Meinung, in unserem Milizsystem sollte man engagierte und politisch begeisterte Personen nicht durch zu restriktive Regelungen vergraulen, sondern das System so flexibel gestalten, dass man politische Ämter mit der jeweiligen Lebenssituation unter einen Hut bringen kann. Die Mitte/GLP-Fraktion folgt dem Gemeinderat und stimmt der Überweisung zu.

Sirin Hauri, Grüne/EVP dankt ihrer Vorrednerin, dass sie die Vorteile so gut aufgelistet hat. Zudem dankt sie für die positive Aufnahme durch den Gemeinderat und die anderen Parteien. Sie hat den Eindruck, mehr müsse sie gar nicht mehr sagen. Die Grünen/EVP freuen sich darauf zu sehen, wie es weitergeht und sprechen sich für eine Überweisung aus.

Roman Oberli, SVP bedankt sich namens der SVP für das Vorliegen des Geschäfts. Hubert Steffen und der Votant haben den Vorstoss mitunterzeichnet mit dem Ziel, den demokratischen Prozess zu festigen und wie beschrieben wurde, an die heutige Lebensrealität anzupassen. Ihr Kernanliegen ist, dass keine Stimmen aufgrund von Absenzen fehlen. Wie das konkret stattfinden soll, dafür ist die Fraktion offen. Ob Stellvertretung oder per Online-Voting. Sie beantragen deshalb, dass nicht nur die Stellvertretung geprüft werden soll, sondern auch die Möglichkeit einer Online-Teilnahme. Und nein, es ist nicht gedacht, dass man sich, wenn man im Stau steht, noch fünf Minuten vorher per Zoom oder ähnlichem anmeldet, sondern dass dies beispielsweise vorher angemeldet werden muss aus zu definierenden Gründen. Wie dies genau aussehen kann, kann der Gemeinderat gerne prüfen und berichten.

Jonathan Noack, SP teilt mit, die SP spreche sich ebenfalls für eine Überweisung aus. Die Fraktion findet es wichtig, dass man das politische Engagement fördert und dass es kein Grund ist, sich politisch nicht zu engagieren, weil man sich nicht vertreten lassen kann. Daher finden sie es sinnvoll und unterstützen das Anliegen.

Stefan Kaiser, FDP ist etwas erstaunt über das Votum der SVP. Es ist ganz klar, dass es um längere Absenzen geht und nicht um solche, die man vielleicht kurzfristig hat. Sonst ist heute ein Fussballspiel und übermorgen hat man etwas Anderes vor. Der Redner findet, mit einem solchen Vorstoss sollte man die Unsitte der schnelllebigen Handyzeit nicht noch fördern. Wenn man gerade etwas anderes, Besseres vorhat, lässt man sich halt schnell vertreten. Er würde dafür appellieren, dass der Gemeinderat sich in der Antwort resp. in der Vorlage darauf besinnt, was in der Fragestellung niedergeschrieben wurde.

Roman Oberli, SVP wurde von seinem Vorredner vielleicht falsch verstanden. Es ist nicht das Ziel der SVP, dass man sich kurzfristig abmeldet. Aber insbesondere bei Online-Lösungen könnte man versucht sein, sich schnell abzumelden. Daher möchte die Fraktion, wenn dies geprüft wird, klare Voraussetzungen, die auf längerer Basis sind. Und nicht: Heute ist das Wetter schön, ich gehe in die Badi und logge mich noch schnell ein.

ABSTIMMUNG

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP möchte als erstes über den Antrag von Roman Oberli, SVP, abstimmen lassen. Dieser lautet: «Der Gemeinderat wird ausserdem beauftragt zu prüfen und zu berichten, wo eine gesetzliche Regelung festgehalten werden müsste, womit Einwohnerratsmitglieder, unter noch zu definierenden Umständen, elektronisch an einer Sitzung teilnehmen könnten (beispielsweise via Zoom) und einen Vorschlag dazu zu erarbeiten.».

Antrag Oberli: Online-Sitzungsteilnahme prüfen: 23 JA / 8 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 16)
Überweisung: 32 JA / 2 NEIN (Abstimmung 17)

BESCHLUSS

://: 1. Der Gemeinderat wird ausserdem beauftragt zu prüfen und zu berichten, wo eine gesetzliche Regelung festgehalten werden müsste, womit Einwohnerratsmitglieder, unter noch zu definierenden Umständen, elektronisch an einer Sitzung teilnehmen könnten (beispielsweise via Zoom) und einen Vorschlag dazu zu erarbeiten.

://: 2. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 8

Nr. 38

Motion Th. Schwarb, Grüne/EVP: Neue Berechnung der Kommissionssitze

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Urs Hauri, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung namens der Grünen/EVP für die Bearbeitung der Motion. Es geht darum, zur Ermittlung der Kommissionssitze pro Fraktion nicht mehr die Anzahl Sitze der Fraktion im Rat als Basis zu nehmen, sondern die Parteistimmen resp. die addierten Parteistimmen, wenn Fraktionen aus mehreren Parteien gebildet werden. Der Gemeinderat hat schön dargestellt, dass es eigentlich keine grossen Veränderungen gäbe, die sich durch die Jahre auch wieder ausgleichen können. Das ist schon korrekt. Warum also hat Thomas Schwarb diese Änderung vorgeschlagen? Es geht der Fraktion darum, dass nicht doppelt gerundet wird zur Vergabe der Kommissionssitze. Gerade als Naturwissenschaftler lernt man früh, dass man nicht mit gerundeten Resultaten weiterrechnen sollte.

Zwar weiss der Wähler nicht, das hat der Gemeinderat geschrieben, ob die Partei mit einer anderen Partei zusammen eine Fraktion bilden wird. Aber trotzdem sind die Wähler genauer vertreten, wenn nicht zuerst gerundet wird für die Bestimmung der Anzahl Einwohnerräte und nachher aufgrund dieser gerundeten Ergebnisse nochmals gerundet werden muss für die Kommissionssitze. Es wäre richtiger und auch kein grösserer Aufwand, in Zukunft nur einmal zu runden über die Anzahl der Parteistimmen und addierten Parteistimmen. Weil der Gemeinderat bemerkt hat, dass der Einwohnerrat jederzeit seine Geschäftsordnung revidieren kann und dazu kein parlamentarischer Vorstoss notwendig ist, stellt die Fraktion den Antrag, Paragraph 15 Abs. 3 der Geschäftsordnung wie folgt zu ergänzen resp. zu ändern: «Zur Ermittlung der Fraktionsstärke gilt nicht die Anzahl Sitze der Fraktion im Rat, sondern die Anzahl der Parteistimmen bzw. der addierten Parteistimmen einer Fraktion beruhend auf den Wahlergebnissen der

letzten Gesamterneuerungswahl.», wie dies vom Gemeinderat vorgeschlagen wurde. Wenn dem so zugestimmt wird, würden die Grünen/EVP die Motion zurückziehen.

Nina Eldridge, Mitte/GLP bedankt sich beim Motionär für die Motion und beim Gemeinderat für die Beantwortung. Grundsätzlich ist es nicht schlecht, etablierte Systeme zu hinterfragen und nicht einfach etwas weiterhin so zu machen nur, weil man es bisher immer so gemacht hat. In diesem Fall sieht die Fraktion durch die Berechnungen des Gemeinderats, dass sich in den letzten Legislaturen nicht viel verändert hätte. In einer Legislatur hat man einmal Glück und die Anzahl Sitze werden aufgerundet und in einer anderen hat man Pech und sie werden abgerundet. Über mehrere Legislaturen gleicht sich das also aus. Mit dem neu vorgeschlagenen System würden sich die Aus- und Abrundungen etwas verschieben, aber auch dort wäre man einmal auf der Gewinner- und einmal auf der Verliererseite. Somit würde es sich auch dort über mehrere Legislaturen wieder ausgleichen. Durch diese marginalen Unterschiede, die das neue Berechnungssystem mit sich bringen würde, sieht die Mitte/GLP keinen Mehrwert, das System jetzt zu ändern. Daher folgt die Fraktion dem Gemeinderat, die Motion nicht zu überweisen.

Andrea de Fregias, SP äussert, die SP verstehe den Grundgedanke der Motion. Die Kommissionssitze sollen nicht mehr nach den Sitzen im Einwohnerrat verteilt werden, sondern direkt nach den Stimmen, die jede Partei bei der Wahl bekommen hat. Das Ziel ist, den Wählerwillen besser und genauer abzubilden. Aus Sicht der Fraktion greift dieses Argument aber zu kurz. Der Wählerwille bezieht sich auf die Partei und nicht auf die Fraktionen, die sich erst nach der Wahl bilden. Eine Verteilung basierend auf den zusammengerechneten Parteistimmen der Fraktionen bildet den Wählerwillen darum nicht zwingend besser ab, sondern macht ihn im Gegenteil etwas unklarer. Auch die Analyse der Verwaltung und die eigene Abklärung der SP zeigen, in der Praxis würde sich mit diesem Vorschlag fast nichts ändern. Die Unterschiede sind minim und über mehrere Legislaturen gleichen sich mögliche Verzerrungen sowieso wieder aus. Daher sieht die Fraktion keine Notwendigkeit, am aktuellen Verfahren etwas zu ändern. Die SP lehnt den Vorstoss ab und findet, die Diskussion sei damit beendet.

Christoph Daniel Maier, FDP führt aus, die FDP habe sich ebenfalls mit dieser Motion beschäftigt und sich Gedanken darüber gemacht, wo eigentlich die Relevanz dieser Motion ist. Selbstverständlich kann man argumentieren, dass Gerechtigkeit in der Verteilung der Kommissionssitze und eine genaue Berechnung wichtig sind, um die demokratische Repräsentanz gewährleisten zu können. Auf der anderen Seite muss man sich auch bewusst sein, was die Kommissionen schlussendlich machen. Sie sind im wesentlichen vorberatend. Man muss sich Gedanken machen, wo man die demokratische Repräsentanz in dieser mathematischen Genauigkeit wirklich braucht. Braucht man sie bei der Verteilung der Kommissionssitze oder braucht man sie vielleicht an einem anderen Ort? Oder anders ausgedrückt: Wenn die vorberatende Kommission zu einer anderen parteipolitischen Zusammensetzung käme, würde das in keiner Weise irgendeinen Entscheid ändern, den der Einwohnerrat fällt. Er erhält nämlich das Vorberatungsergebnis der vorberatenden Kommission vorgelegt und kann dann selbst darüber befinden. Auf der anderen Seite kann er selbstverständlich sehr gut nachvollziehen, dass man die Geschäftsordnung des Einwohnerrats mit der korrekten Basis für die Berechnung dieser Kommissionssitze durchaus ohne Not irgendwann einmal anpassen kann. Aber er sieht jetzt aus den gemachten Ausführungen, ausser dem mathematisch Korrekten, eine demokratisch gebotene Notwendigkeit nicht unbedingt an höchster Stelle. Der Votant stellt fest, dass seine Fraktion etwas Anderes beschlossen hat, als er argumentiert hat. Die Fraktion hat beschlossen, dass man den Vorstoss überweisen möchte entgegen dem, was der Gemeinderat beantragt hat. Aber nach seinen Ausführungen, ist dies eigentlich fast nicht mehr möglich.

Christoph Daniel Maier, FDP muss sich korrigieren. Es ist offensichtlich ein Protokollfehler. Die FDP möchte dem Gemeinderat folgen. Er war kurz irritiert, als er auf seine Notizen geschaut hat und bedankt sich für das Nachsehen für dieses Missverständnis.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldungen. Sie möchte nur ganz kurz das sagen, was eigentlich auch in der Vorlage steht und was man nun schon mehrfach gehört hat.

Es geht um das Abbilden des Wählerwillens. Das ist nach der Methode, die die Gemeinde anwendet und wie es in Paragraph 15 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats festgehalten ist, auch korrekt. Die Votantin ist keine Mathematikerin, daher masst sie sich den Begriff der mathematischen Korrektheit nicht an. Aber sie glaubt, es ist demokratisch nicht falsch, was man macht. Man kann das ändern, aber es ist deswegen demokratisch nicht richtiger. Das scheint ihr doch eine kleine Unterscheidung. Was man jetzt macht, ist demokratisch korrekt und demokratisch legitimiert. Man kann es auch anders machen, wenn man etwas Anderes abbilden will. Das ist letztlich der Unterschied zwischen diesen beiden Modellen. Da sie aber im Ergebnis marginale Auswirkungen haben, ist die Frage, ob man es anpassen möchte. In diesem Sinn ist die Gemeindepräsidentin froh, wenn der Rat die Motion nicht überweist.

Sirin Hauri, Grüne/EVP erklärt, ihre Fraktion sehe es etwas anders mit der Abbildung des Wählerwillens. Sie können das Argument nicht nachvollziehen, dass man aufgrund der Fraktionszusammensetzung den Wählerwillen nicht mehr abbildet. Sowohl beim jetzigen System wie auch beim vorgeschlagenen System wird aufgrund der Fraktionsstärke und nicht aufgrund der Parteistärke ausgerechnet, wie viele Kommissionssitze man zugute hat. Das heisst in beiden Fällen wird, wenn man so will, der Wählerwille verfälscht. Beim Vorschlag der Grünen/EVP wäre es einfach etwas genauer bzgl. dem fehlenden Rundungsfehler. Es hat vielleicht keine hohe Dringlichkeit, aber ehrlich gesagt: Wenn es doch genauer und gerechter ist und man es mit diesem Antrag einfach ändern kann, wieso ändern wir es dann nicht einfach?

ABSTIMMUNG

Präsidentin Karin Müller, SP hat eine Rückfrage an Urs Hauri, Grüne/EVP, zu seinem Antrag. Ist es richtig, dass einfach der letzte Satz in Paragraph 15 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats angepasst werden soll? Die ersten beiden Sätze bleiben unverändert?

Urs Hauri, Grüne/EVP nimmt es an. Die Fraktion folgt mit dem Antrag dem Vorschlag des Gemeinderats.

Die Präsidentin teilt mit, dass der Einwohnerrat hier über eine Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats abstimme. Das kann der Einwohnerrat, daher liest sie den Antrag vor. In der Geschäftsordnung § 15 Abs. 3 bleiben die ersten beiden Sätze unverändert. Der dritte Satz würde neu folgendermassen lauten: «Zur Ermittlung der Fraktionsstärke gilt nicht die Anzahl Sitze der Fraktion im Rat, sondern die Anzahl der Parteistimmen bzw. der addierten Parteistimmen einer Fraktion beruhend auf den Wahlergebnissen der letzten Gesamterneuerungswahl.».

Christoph Daniel Maier, FDP denkt, der Rat wäre gut beraten, einen solchen Antrag zwar zu behandeln, aber als separates Traktandum an einer nächsten Sitzung. Er würde die Grünen bitten, dass sie dies in diesem Sinn für heute zurückziehen. Er möchte den genauen Wortlaut der Geschäftsordnung und den Kontext, wo das drinnen steht, nochmals sehen und es nicht schnell, schnell mit einem Änderungsantrag ändern. Der Redner würde beantragen, dass man dies in einer nächsten Sitzung zusammen mit einer Synopse in diesem Rat nochmals anschaut. Er ist dem Anliegen ansonsten an sich nicht abgeneigt.

Sirin Hauri, Grüne/EVP äussert, die Grünen/EVP seien einverstanden damit, dann aber das ganze Geschäft auf die nächste Sitzung zu verschieben. Das würde Sinn machen.

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP hat Christoph Maier so verstanden, dass nur die Änderung der Geschäftsordnung verschoben und jetzt über die Überweisung der Motion abgestimmt wird.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP äussert, es sei eine Motion für etwas, das in der Kompetenz des Einwohnerrats liegt. Man kann heute problemlos das Nicht-Überweisen beschliessen und für die nächste Einwohnerratssitzung den Antrag stellen, dass die Geschäftsordnung anzupassen ist. Nicht dass man dies nun unnötig aufbläht, zurücknimmt und nochmals bringt. Nicht überweisen und dann den Antrag stellen, das ist relativ einfach machbar.

Präsidentin Karin Müller, SP möchte somit nun über die Nicht-Überweisung abstimmen.

Nicht-Überweisung: Einstimmig JA (Abstimmung 18)

Die Präsidentin erklärt, dass es jetzt noch um den Antrag zur Verschiebung der Änderung der Geschäftsordnung geht. Wer heute über den Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats abstimmen möchte, stimmt Ja, wer das in einer nächsten Sitzung machen möchte, stimmt Nein.

Abstimmung über Änderung der Gescho ER heute: 5 JA / 29 NEIN (Abstimmung 19)

://: Die Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats wird auf eine nächste Sitzung verschoben.

BESCHLUSS

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Nr. 39

Interpellation St. Siegel, SVP: Sachbeschädigung

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP informiert, dass die Antworten den Ratsmitgliedern schriftlich vorliegen. Sie fragt den Interpellanten, ob er mit den Antworten zufrieden ist.

Interpellant Stephan Siegel, SVP bejaht die Frage.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Antworten des Gemeinderats zur Kenntnis.

Traktandum 10

Nr. 41

Postulat Mitte/GLP: Weiterentwicklung des Schlossparks Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Rahel Amacker, Mitte/GLP erläutert, der Schlosspark Binningen sei eine zentrale Grünfläche der Gemeinde Binningen. Doch er wird den verschiedenen Bedürfnissen der Bevölkerung nicht ausreichend

gerecht. Mit ihrem Postulat will die Mitte/GLP eine konkrete, realistische und möglichst zeitnah umsetzbare Weiterentwicklung dieses wichtigen Orts anstossen. Die fünf vorgeschlagenen Massnahmen sind aus Sicht der Fraktion pragmatisch und gut machbar. Und sie bieten eine grosse Chance den Schlosspark für alle Generationen attraktiver zu gestalten. Sie erachten es deshalb als sinnvoll, wenn der Gemeinderat die Prüfung der Massnahmen bis spätestens Ende 2025 oder Anfang 2026 abschliesst, sodass erste Verbesserungen bereits im Sommer 2026 sichtbar werden. Konkret geht es um folgenden Punkte. Erstens: Eine Buvette. Die Mitte/GLP sieht hier grosses Potenzial zur Belebung des Parks. Eine flexible Buvette, sei es in Form eines mobilen Stands oder eines saisonalen Betriebs, könnte zu einem belebten Treffpunkt werden. Beispiele aus anderen Gemeinden zeigen, sobald es einen Ort gibt, an dem man sich bei schönem Wetter gemütlich hinsetzen und ein Getränk geniessen kann, steigt die Attraktivität eines Parks enorm. Zudem könnte eine solche Buvette z.B. auch für junge Menschen eine Chance sein, unternehmerisch aktiv zu werden direkt in Binningen. Zweitens: Mehr Angebote für Kinder und Jugendliche. Gerade für Familien könnte der Park mehr bieten. Bereits mit ein bis zwei neuen, kreativen Spielinstallationen könnte der Park spürbar aufgewertet werden.

Drittens: Mehr Sitz- und Aufenthaltsgelegenheiten. Zusätzliche Bänke, Liegen oder vielleicht ein Pavillon aus nachhaltigen Materialien würden den Park vielseitiger nutzbar machen. Für ältere Menschen zum Ausruhen, für Gruppen zum Treffen oder für alle, die einfach gemütlich ein Buch lesen möchten. Viertens: Mehr Biodiversität. Durch einheimische Bepflanzungen, Blühstreifen und gezielte Strukturen liesse sich der ökologische Wert des Parks deutlich steigern. Gerade in Zeiten des Klimawandels ist die Schaffung von naturnahen Flächen eine wichtige Investition in unsere Zukunft. Dabei soll auch der Vorplatz des Schlossparks mitberücksichtigt werden. Fünftens: Mehr Nutzungsvielfalt. Es lohnt sich zu prüfen, wie die verschiedenen Bedürfnisse z.B. von Familien, Jugendlichen, älteren Menschen oder Hundebesitzern besser miteinander in Einklang gebracht werden können. Langfristig soll auch die Möglichkeit einer Vergrösserung des Parks angeschaut werden. Das Ziel der Fraktion ist nicht, den Schlosspark grundlegend umzugestalten, sondern ihn mit gezielten, gut umsetzbaren Massnahmen weiterzuentwickeln. Damit dies gelingt, braucht es jetzt eine rasche Prüfung und Berichterstattung. Wenn der Einwohnerrat heute die richtigen Weichen stellt, kann der Schlosspark bereits im Sommer 2026 in neuem Licht erstrahlen. Für alle. Die Mitte/GLP wird das Postulat daher überweisen mit der klaren Erwartung einer zügigen und engagierten Umsetzung.

Özlem Ipek-Avvisati, SP teilt mit, die SP sei dafür, die Qualität des öffentlichen Raums zu verbessern. Deshalb unterstützt die Fraktion die im Postulat vorgeschlagene Weiterentwicklung des Schlossparks Binningen. Die vorgeschlagenen Umsetzungsideen sind grundsätzlich zu begrüessen, aber die SP befürchtet, dass eine neue, private Buvette zu unerwünschter Konkurrenz führen könnte. Die Fraktion ist mit dem Antrag des Gemeinderats auf Überweisung des Postulats einverstanden.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP erwähnt, der Schlosspark in Binningen sei an einer zentralen Lage und gut erschlossen. Der Bedarf in der Gemeinde an mehr attraktiven Angeboten für die breite Bevölkerung sieht die FDP absolut als gegeben. Dass der Gemeinderat daher beauftragt wird darzulegen, welche finanziellen Mittel erforderlich wären und welche rechtlichen Abklärungen für eine solche Umsetzung nötig wären, erachtet die Fraktion mehrheitlich als sinnvoll und wird das Postulat überweisen.

Karin Glaser, Grüne/EVP freut sich namens der Grünen/EVP, dass bereits Diskussionen laufen, was die Belebung des Schlossparks anbelangt. Es ist wichtig, dass dieser Park nicht nur auf dem Papier, sondern auch praktisch von allen genutzt werden kann und darf. Die Inputs der Mitte/GLP findet die Fraktion sehr unterstützenswert. Die Rednerin hinterfragt nur die Idee einer Buvette. Grundsätzlich eine gute Idee, aber sie weiss nicht, wie begeistert das Schloss nebenan als Restaurant wäre, wenn davor jemand anderes etwas verkaufen würde. Das heisst aber natürlich nicht, dass das Bistro im Schlosspark nicht als «Buvette» genutzt werden könnte. Die könnten Getränke und Snacks verkaufen. Animationen für Kinder, auch am Birsig, wären wirklich super. Man kann den Park auch als Erweiterung, mit Unterbruch, zum Birsigpark sehen. Ob dort Häuser stehen oder nicht, eine Grünfläche zum Spielen und Verweilen

hat es überall alleweil. Die Grünen/EVP hoffen, dass die Biodiversität im und um den Schlosspark mit einheimischen Pflanzen berücksichtigt und gefördert wird. Die Fraktion überweist das Postulat an den Gemeinderat und ist gespannt, wie es dort in Zukunft aussehen wird.

Christian Schmid, SVP erklärt, auch die SVP sei für die Überweisung dieses Postulats. Die Fraktion geht davon aus, dass der Gemeinderat das Abstimmungsergebnis Ende Mai abwarten wird. Dann kann man es, wenn die Initiative angenommen wird, gemeinsam betrachten und Synergien, die sich allenfalls bilden, nutzen.

Roman Oberli, SVP findet es schön, dass die Wichtigkeit der Parks in Binningen anerkannt wird. An dieser Stelle reizt ihn ein Hinweis. Der geplante Birsigpark hat eine grössere Fläche als der unbebaute Teil des Schlossparks. Dies bietet für Binningen eine grosse Chance, weitere Parkfläche zu bieten und damit auch die Biodiversität im Tal zu fördern.

ABSTIMMUNG

Überweisung: Einstimmig JA (Abstimmung 20)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst, das Postulat an den Gemeinderat zu überweisen.

Traktandum 11

Nr. 42

Interpellation St. Siegel, SVP: Budgetneutralität

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP informiert, dass die Antworten den Ratsmitgliedern auch hier schriftlich vorliegen. Sie fragt den Interpellanten, ob er mit den Antworten zufrieden ist.

Interpellant Stephan Siegel, SVP ist zufrieden mit den Antworten.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Die Beantwortung der Interpellation wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 12

Nr. 53

Postulat K. Lancashire, FDP: Mehr Wirkung, weniger Aufwand: Optimierung der Wahlplakatierung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Roman Oberli, SVP dankt dem Gemeinderat namens seiner Fraktion für diesen äusserst ausführlichen Bericht. Immerhin wird dieses Mal anerkannt, dass die Plakatierung nicht nur ein Problem der SVP ist. Die Fraktion stimmt für die Überweisung des Postulats und erfahrungsgemäss wohl auch des nächsten.

Kevin Lancashire, FDP freut sich, dass sein Postulat gewürdigt wird. Er hat dort die Probleme und Lösungen klar geschildert. Der Redner freut sich auf die Antworten. Mehr möchte er dazu nicht sagen. Natürlich überweist die FDP das Postulat.

Richard Bräunlich, SP erläutert, die SP habe festgestellt, dass das Thema «Wahlplakatierung» immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt. Aus diesem Grund ist die Fraktion der Meinung, dass man den Vorstoss überweisen sollte. Sie hoffen, dass eine Lösung gefunden wird, mit der alle zufrieden sein können.

Oliver Peter, Mitte/GLP äussert, die Mitte/GLP unterstütze den Antrag, das Postulat an den Gemeinderat zu überweisen. Im Rahmen des Machbaren ist das heutige System nicht schlecht. Die Gemeindeverwaltung hat die Parteien auch schon mehrfach involviert und mit ihnen Alternativen angeschaut. Aus Sicht der Fraktion ist der Handlungsbedarf daher nicht dringend. Trotzdem würde die Mitte/GLP weitere Optimierungen soweit möglich natürlich begrüssen. Ihnen wäre insbesondere wichtig, Leerstellen auf den Plakatstellen zu vermeiden, wenn eine Partei zugesagte Plakate doch nicht rechtzeitig liefern kann.

Karin Glaser, Grüne/EVP teilt mit, auch die Grünen/EVP hoffen, dass es mit der Überweisung dieses Vorstosses vielleicht einmal ein Ende hat mit all diesen Motionen und Postulaten etc. über irgendwelche Wahlplakate. Die Fraktion hat ihrerseits keine unglaublichen Probleme damit und sieht es nicht als derart dringlich. Sie sind gespannt, was der Gemeinderat bringen wird und überweisen das Postulat.

ABSTIMMUNG

Überweisung: Einstimmig JA (Abstimmung 21)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 13

Diversa

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP möchte auf den Einwohnerratsausflug hinweisen. Die E-Mail wurde verschickt und die Anwesenden haben sich das Datum hoffentlich reserviert. Der Ausflug findet am Samstag, 14. Juni 2025 statt. Sie hofft, dass möglichst viele kommen können. Es gibt ein spannendes Programm. Nun hofft sie, die Ratsmitglieder am Apéro noch zu weiteren Gesprächen zu treffen. Damit schliesst sie die Sitzung um 21.25 Uhr.

ER-Sitzung vom 7. April 2025

			Traktandenliste		Protokollkorrektur	Gesch. Nr. 28A						
			01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
			Traktandenliste: Ergänzung Traktandum Protokollkorrektur	Traktandenliste: Ergänzung Traktandum Wahl Delegierte/r Versorgungsregion	Korrektur des Protokolls vom 16. Dezember 2024	Antrag FDP: § 8 Abs. 1: legales Feuerwerk statt Feuerwerk der Kategorien F1 und F2	Antrag SVP: § 8 Abs. 1: Zeitdauer erweitern von 13 Uhr bis 01.00 Uhr	Antrag FDP: § 8 Abs. 2: Feuerwerk mit Gesuch auch für private Anlässe zulässig	Antrag SVP: Splittung von Antrag 4 des Gemeinderats	Zustimmung zum Gegenvorschlag des Gemeinderats	Initiative der Urnenabstimmung unterstellen	bei Urnenabstimmung: Initiative dem Gegenvorschlag gegenüberstellen
Nr.	Name	Fraktion										
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
8	Büchelin	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
9	De Fregias	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
12	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
13	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
14	Noack	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja
15	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Nein	Ja	Enthaltung	Ja
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Gerber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Jegge	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
20	Kamber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
21	Peter	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
23	Behrends	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Maier	FDP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Schori	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Kremo	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
TOTAL												
Ja			34	34	33	28	23	25	21	31	32	34
Nein			0	0	0	6	7	1	10	3	0	0
Enthaltungen			0	0	0	0	4	8	3	0	2	0
			34	34	33	34	34	34	34	34	34	34

ER-Sitzung vom 7. April 2025

			Gesch. Nr. 28A		Gesch. Nr. 30		Gesch. Nr. 50	Gesch. Nr. 31		Gesch. Nr. 38		Gesch. Nr. 41	Gesch. Nr. 53
			11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Nr.	Name	Fraktion	Stimmberechtigten Ablehnung der Initiative empfehlen	Stimmberechtigten Annahme des Gegenvorschlags empfehlen	Antrag Lancashire: Prüfung Integration Robi-Spielplatz in Zoo	Überweisung Postulat	Diskussion	Antrag Oberli: Prüfung Online-Teilnahme an ER-Sitzungen	Überweisung Postulat	Nicht-Überweisung Motion	Abstimmung über Anpassung der GeschO ER heute	Überweisung Postulat	Überweisung Postulat
1	Bertschi	EVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Nein	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Nein	Ja	Not voted
7	Bräunlich	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Büchelin	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
9	De Fregias	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
12	Löhr	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
13	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
14	Noack	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Not voted	Ja
15	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
18	Gerber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Jegge	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
20	Kamber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
21	Peter	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
28	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
30	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
31	Schori	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
34	Kremo	SVP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
35	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Nein	Nein	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
TOTAL													
Ja			22	27	26	34	34	23	32	33	5	33	33
Nein			12	7	1	0	0	8	2	0	29	0	0
Enthaltungen			0	0	6	0	0	3	0	0	0	0	0
			34	34	33	34	34	34	34	33	34	33	33